

Frankfurt am Main, den 14. Januar 2020

PRESSEMITTEILUNG

Bildung im zweiten Lockdown: Ungleichheit, Verantwortungslosigkeit, Verunsicherung und das Prinzip Hoffnung!

Der elternbund hessen macht sich große Sorgen um die Bildung der hessischen Schüler*innen. Die seit dem 10. Januar geltenden Regelungen sind willkürlich, nicht nachvollziehbar, sie werden zu noch mehr Ungleichheit von Bildungschancen führen und noch mehr Kinder werden abgehängt.

Besonders ärgerlich ist, dass das Kultusministerium sich zum wiederholten Male aus der Verantwortung stiehlt und die Eltern und Lehrkräfte wiederum alleine gelassen werden. Die Überzeugung des Kultusministers, dass es „Gleichheit“ gäbe, wenn alle Schüler*innen ab Klasse 7 zu Hause lernen ist an Naivität nicht zu überbieten. Man kann es nur wiederholen: nicht alle Kinder haben gute Endgeräte, nicht jede Familie hat einen leistungsfähigen Internetanschluss, nicht jedes Kind verfügt über einen eigenen Arbeitsplatz, wo es in Ruhe lernen kann bzw. über ein soziales Umfeld, das ihm bei den Aufgaben unterstützen kann.

Genauso naiv ist die Idee der „Entscheidungsfreiheit“ der Eltern. Nicht alle Eltern können im Homeoffice arbeiten und wer im Homeoffice arbeitet, kann sich nicht gleichzeitig um die Kinder im Homeschooling kümmern. Diese Kinder müssen in die Schule, mit dem Risiko sich (und die Familie) anzustecken. Auf die (erbärmlichen) Ergebnisse des Distanzunterrichts darf man gespannt sein.

Gleichzeitig müssen die Grundschulen mit den Problemen alleine fertig werden: Wie viel Kinder kommen in die Schule? Sind ausreichend Lehrkräfte da um diese Kinder zu unterrichten? Wie können die Hygienevorschriften umgesetzt und überwacht werden? Wie organisiert man den Unterricht für die Kinder, die zu Hause sind? Wie kann man allen Kindern gerecht werden?

Für die Abschlussklassen ist die Situation besonders schwierig. Sie haben bereits während des ersten Lockdowns weniger lernen können als in einem normalen Schuljahr. Diese Defizite können in den letzten Wochen vor den Prüfungen nicht ausgeglichen werden. Erst recht nicht, weil sie nicht überall die Schule besuchen können. Wie unter diesen Umständen die Vergleichbarkeit der Abschlüsse gegeben sein wird, bleibt das Geheimnis der Kultusbürokratie. Schüler*innen und Eltern werden mit den Problemen alleine gelassen.

Das gleiche gilt für die Berufspraktika: es gibt viel zu wenig Praktikumsplätze, weil viele Institutionen wegen der Ansteckungsgefahr keine Praktikanten einstellen. Die Praktika wurden ausgesetzt bis zum 31. Januar und es heißt: Wer die Möglichkeit hat, soll sein Praktikum machen. Das soll gerecht sein?

Man fragt sich, wie das Land Hessen Bildung endlich zukunftsfähig machen will. Ideen gibt es genug, aber nur wenige wurde in Verwaltungshandeln umgesetzt. Die technische Ausstattung der Schulen soll jetzt verbessert werden, Lehrer*innen bekommen endlich Dienst-Laptops und alle Schüler*innen sollen digitale Endgeräte erhalten. Das reicht aber bei weitem nicht aus! Erforderlich ist eine solide digitale Grundbildung für die Schüler*innen sowie Aus- und Weiterbildungsangebote für Lehrer*innen, und zwar in ausreichendem Umfang und verpflichtend.

Es gibt Schulen in Hessen, die sehr weit sind mit digitalem Unterricht. Warum werden diese Modelle nicht gebündelt und allen Schulen zur Verfügung gestellt? Auch in einigen europäischen Nachbarländern ist digitaler Unterricht Alltag in den Schulen. Wie wäre es mit einem europäischen Austauschprogramm?

Es gibt viel zu tun, aber in Hessen herrscht das Prinzip Hoffnung.

Kontakt:

elternbund hessen e. V.
Klaus Wilmes-Groebel, Vorsitzender
Tel.: 0175 / 72 14 707
E-Mail: klaus.wilmes.ebh@posteo.de